

| | | | |
|---------------------------|---|--------------------------|----------|
| Protokoll: | Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 576 |
| | | TOP: | 1 |
| Verhandlung | | Drucksache: | 926/2016 |
| | | GZ: | OB |
| Sitzungstermin: | 06.12.2016 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | OB Kuhn | | |
| Berichterstattung: | der Vorsitzende, Herr Bopp (Verband Region Stuttgart), Herr Müller (Architektenkammer BW) | | |
| Protokollführung: | Frau Westhaus-Gloël / fr | | |
| Betreff: | Internationale Bauausstellung IBA 2027 StadtRegion Stuttgart - Einbringung - | | |

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 25.11.2016, GRDRs 926/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat nimmt vom IBA-Memorandum (siehe Anlage 1) Kenntnis.
2. Der Gemeinderat begrüßt die Inhalte des Memorandums und die Planung einer IBA 2027, StadtRegion Stuttgart.
3. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt alle weiteren Schritte für eine Teilnahme an der IBA 2027 vorzubereiten.
4. Die Koordination seitens der Landeshauptstadt Stuttgart soll durch einen bei Referat StU angesiedelten IBA-Beauftragten geleistet werden.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

OB Kuhn berichtet einleitend im Sinne der Vorlage zum Stand beim Plattformprozess IBA 2027, der im Wesentlichen vom Verband Region Stuttgart (VRS) getragen werde, unter breiter Einbindung der Architektenkammer Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart. Vor exakt 100 Jahren habe der Werkbund auf dem Weissenhof die Bauausstellung durchgeführt. Diese habe eine gesellschaftliche Zielsetzung - "der moderne Mensch ist berufstätig, mobil und an Gesundheit orientiert" - mit einem ästhetischen Anspruch des Bauens verbunden. Das nun vorgelegte "Memorandum IBA 2027 Stadt-Region Stuttgart" benenne die vier übergeordneten Themen der von Anfang an als regional konzipierten IBA 2027:

- Baukultur einer Neuen Moderne
- Integrierte Quartiere
- Neue Technologien für die lebenswerte StadtRegion
- Region ist Stadt und Stadt ist Region.

Dazu kämen die 4 Querschnittsqualitäten:

- Mobile Region
- Nachhaltige Region
- Solidarische Region
- Partizipative Region.

Der VRS werde, wenn der Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss fasse, "in die Vorhand gehen" und eine Geschäftsstelle aufbauen, und die Finanzierung dafür zur Verfügung stellen. Beabsichtigt sei, dass dann möglichst bald die anderen Partner in der Region in eine IBA-Gesellschaft mit einsteigen. Wenn die Stadt Stuttgart früh mit einsteige, könne sie auch früh mitgestalten. Er schlage dem Gemeinderat vor, dass sich die Stadt an der IBA beteilige, weil diese die gesellschaftspolitischen Ziele mit den ästhetischen Zielen des Bauens verbinden und der Region in Verbindung mit der Stadt einen guten Auftritt verleihen könne.

Herr Bopp berichtet, der Plattformprozess zur IBA habe ein halbes Jahr lang bei über 500 Beteiligten mit einer sehr positiven Resonanz in Veranstaltungen, Foren und Einzelgesprächen stattgefunden und habe darin bestärkt, dem Gemeinderat den Vorschlag für eine regionale IBA zu machen.

Die IBA solle als gesellschaftlicher Prozess Antworten geben auf die Frage "Wie wollen wir in unserer Stadtregion in 20, 30, 40 Jahren leben?" Man mache sich auf, in den nächsten 10 Jahren Wege zu finden, wie das Wohnen, das Arbeiten und die Mobilität in der Region in Zukunft sinnvoll stattfinden können. Ein solcher kreativer Prozess beinhalte, dass man am Anfang noch nicht wisse, wo man am Ende landen werde. Das sei aber auch das Spannende an der Sache. Sehr große Resonanz gebe es von Universitäten und Hochschulen, aber auch bereits von Unternehmen, die geplante Projekte in einen IBA-Prozess mit einbringen wollten.

Die Region Stuttgart sei so vielfältig und auch so dezentral, dass man nicht nur ein Hauptthema, sondern eine Themenwelt vorschlage, in der qualitätsvolle Projekte gemacht werden müssten. Die IBA solle als regionale IBA stattfinden, weil es bei schwierigen Themen eigentlich nur regionale Lösungen gebe: beim bezahlbaren Wohnraum, bei der Suche nach Gewerbe- und Industrieflächen, bei Verkehr/ÖPNV. Es werde versucht, nicht nur in Stuttgart, sondern auch in vielen der 179 Städte und Gemeinden der Region, qualitätsvolle Architektur und Stadtgestaltung hinzubekommen. Es müsse auch in der Region attraktiv und verdichtet gebaut werden, und zwar dort, wo der öffentliche Nahverkehr unmittelbar in der Nähe sei. Beim verdichteten Bauen in kleineren Städten in der Region sei ein Umdenkungsprozess im Gange, den die IBA befördern könne, weil man dann sehe, dass verdichtetes Bauen auch sehr attraktiv sein kann.

Als "Architektenstadt/Architektenregion" könne die StadtRegion Stuttgart sich aufmachen, Konzepte für dezentrale Städte als Alternative zur Mega-City entwickeln zu lassen. Ohne Stuttgart gehe das nicht, ohne die Region aber auch nicht. Der VRS gehe in die Vorleistung in der Hoffnung, dass die Landeshauptstadt Stuttgart, die Architektenkammer BW, die Universitäten und die anderen Städte und Gemeinden im Laufe des Jahres 2017 beispringen. Dann fange die IBA tatsächlich 2017 an und ende 2027.

Herr Müller berichtet im Sinne der Präsentation zum Memorandum. Er betont zunächst, dass eine IBA die Begeisterung für die eigene Stadt deutlich steigern. Chancen und Bedeutung der überaus starken Wirtschaftsregion würden weltweit dokumentiert. Eine IBA könne zudem dazu beitragen, die Möglichkeiten in Stuttgart zu entfalten und große Fragen der Zeit lösen zu helfen. Eine IBA habe immer den Anspruch, über ihre Zeit hinaus zu weisen. Herr Müller verweist auf die Bedeutung der Internationalen Bauausstellungen 1957 - Hansaviertel Berlin, 1987 - Berlin, Thema der kritischen Rekonstruktion und behutsamen Erneuerung, und 1999 - Emscher Park, Findungsprozess einer Region, Landschaft Ruhrgebiet. Die Bauausstellung Weissenhof von 1927, seit dem Sommer 2016 Weltkulturerbe, sei ebenfalls in einen internationalen Diskurs eingebettet gewesen.

Wichtig für den IBA-Prozess sei, dass man zulasse, dass Menschen von außen, in einem internationalen Kontext, über die eigene Region und die eigene Stadt nachdenken, fährt Herr Müller fort. Darüber müsse man sich im Klaren sein, wenn man internationale Architekten und Personen, die aktuelle Fragestellungen wegweisend vertreten, nach Stuttgart hole. Von der IBA könne weltweit eine Strahlkraft ausgehen. Die IBA trage den Namen StadtRegion Stuttgart und verankere damit Ort und Anlass. Es müssten konkrete Probleme in Stuttgart und in der Region gelöst und Antworten gefunden werden auf die Fragen: "Wie weit trägt die Tradition der europäischen Stadt? Was sind die urbanen Lebensweisen, die im 21. Jahrhundert zukunftsfähig sind?" Fragen des Klimaschutzes, der Mobilität und der Demografie seien nicht nur in Stuttgart zu lösen, aber eben auch in Stuttgart. In der Industrie müsse der Technologiewandel bewältigt werden. Stuttgart habe als Stadt und als Region eine ganze Menge Potenzial, diese Fragen auch zu beantworten.

Als "Integrationsstadt" habe Stuttgart eine hohe Demokratieerfahrung, die Fähigkeit zur Entscheidungsfindung. Über Demokratie Konsens zu schaffen für große Projekte und notwendige Maßnahmen, sei eine Kunst, um die Stuttgart auch international beneidet werde. Das föderalistische Prinzip und die Partizipation noch stärker hervorzuheben, sei ein weiterer Aspekt der IBA. In der Frage regionaler Solidarität habe die StadtRegion schon Beispielhaftes vorzuweisen. Ein weiteres Thema sei die Wiederentdeckung von

kulturell geprägten Landschaften, die in der Region in großer Differenziertheit vorhanden seien. Die IBA in einer der Innovationsregionen der Welt biete auch eine Chance für die internationale Architekturdebatte.

StR Kotz (CDU) teilt mit, seine Fraktion sei begeistert, dass der IBA-Prozess nun auf den Weg komme. Man werde aktiv daran mitarbeiten. Es sei notwendig, in längeren Zeiträumen und perspektivisch zu denken. Schon zu Beginn des Prozesses müsse die Breite der Gesellschaft darüber informiert werden, welcher Nutzen eine IBA für die Stadt und die Region habe. Eine IBA erfordere auch einen gewissen Mut zu visionären Ansätzen. Neben den Entwicklungsflächen im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 habe die Stadt viele Potenziale für IBA-Projekte, u. a. das Thema B 10-Überdeckelung am Neckar. Dank gebühre dem VRS für die "Initialzündung".

Stadt und Region hätten gemeinsam einen starken Auftakt gemacht, bemerkt StRin Munk (90/GRÜNE). Der Begriff StadtRegion spreche für die gewollte Kommunikation und Kooperation der Kommunen. Dies erforderten auch die komplexen Aufgabenstellungen der Zeit. Mit dem Memorandum erkläre die StadtRegion, sich diesen Aufgaben auch stellen zu wollen. Der Prozess werde von ihrer Fraktion "sehr gern und kraftvoll" mitgetragen.

Kritik äußert StRin Munk an der Darstellung auf Seite 7 des Memorandums. Das historische Bild auf Seite 6 mit der Weissenhofsiedlung weise auf einen gesellschaftlichen Prozess hin. Die Auto fahrende Frau sei als Zeichen für die Emanzipation zu verstehen gewesen. Jetzt einfach wieder eine Frau mit Auto vor das Gebäude in der Weissenhofsiedlung zu stellen, springe zu kurz. Das Auto könne nicht mehr als Symbol für die Lösung der Verkehrsprobleme und für die Mobilität benutzt werden. Beim heutigen Bauen gehe es darum, energetisch autarke Gebäude darzustellen, deren Flächen flexibel zu nutzen seien, und darum, die Natur in die Stadt zu holen, auch was die Materialität der Gebäude angehe. Die Probleme, die durch den massenhaften Individualverkehr entstanden seien, müssten nachhaltig gelöst werden. Nachhaltigkeit bedeute dabei, Visionen für morgen zu entwickeln, ohne Probleme für übermorgen zu schaffen. Dies müsse ein wichtiger Ansatz der IBA sein.

Dass im Memorandum von der Aufgabenstellung "Wandel unter Wachstum" gesprochen werde, wolle ihre Fraktion eher offener sehen, als Wandel oder Umbau, ohne zwingend von Wachstum auszugehen. Möglichst schnell solle nun auch die Ebene der Konkretisierung erreicht werden. Bei der Entstehung und der Entwicklung der Projekte müsse eine intensive Bürgerbeteiligung betrieben werden. Das Thema "Neckar" könne als konkretes IBA-Projekt viele Ziele der IBA verbinden. Der Neckar verbinde z. B. verschiedene Kommunen der Region und bringe die Natur in den Stadtkörper. Für das weitere Vorgehen erwarte ihre Fraktion eine Konkretisierung, einen Zeitplan zur Umsetzung und die Benennung der Kosten. Die IBA sehe man als gesellschaftlichen Prozess, um die anstehenden Aufgaben, zum Beispiel beim Wohnungsbau und bei der Mobilität, nachhaltig anzupacken.

Als "absolutes Highlight" bezeichnet StR Körner (SPD) die Veranstaltung der Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart am 11.10.2016, bei der das Memorandum im Grunde das erste Mal vorgestellt und die Chancen der IBA für die Region verdeutlicht worden seien. Ein Anlass für die IBA-Diskussion sei sicher die Entwicklung des Rosensteinquartiers gewesen. In der Vorlage vermisse er den Bezug zum Dialog Rosenstein, der mit Hinweis auf die IBA gestartet worden sei. Seine Fraktion sehe das Rosenstein-

quartier als Kristallisationspunkt der IBA und als den inhaltlichen Beitrag der Stadt. Als strategische Aufgabe müsse die zentrale Herausforderung für die Stadt und die Region angegangen werden - nämlich die Fragestellung: "Wie können wir bezahlbares Wohnen in der Boom-Region Stuttgart überhaupt noch sicherstellen, für Leute mit weniger Geld und für Leute mit mehr Geld?" Das sei auch das Thema Nr. 1 in der Bürgerumfrage gewesen. Eine Antwort auf das Problem sei sicherlich eine aktive Grundstückspolitik der öffentlichen Hand. Die Stadt als Eigentümerin von Grundstücken Sorge dafür, dass die Grundstücke so bewirtschaftet werden, dass sich dort auch noch "normale Leute Wohnen leisten können". Dass dies exemplarisch im Rosensteinquartier gezeigt werden könne, sei eine große Chance.

Aus Sicht seiner Fraktion könnten dort, aber nicht nur dort, unter dem Stichwort Nachverdichtung auch die neuen Möglichkeiten des vom Bund geschaffenen neuen Baugebietstyp "Urbanes Gebiet" ausgelotet werden. Auch das habe Auswirkungen auf die Bezahlbarkeit von Wohnungen. Die Wohnraumförderung müsse so ausgestaltet werden, dass es in den Quartieren eine gute Mischung gebe. Abschließend wirbt StR Körner dafür, dass "bezahlbares Wohnen für Leute mit weniger Geld und mit mehr Geld in der boomenden StadtRegion Stuttgart", und die Umsetzung mit einer Architektur, die ästhetisch und technisch innovativ und anspruchsvoll ist, als zentraler Fokus der Landeshauptstadt bei der IBA 2027 festgelegt wird.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) hebt hervor, dass die IBA als regionales Thema begriffen werden muss. Die polyzentrische StadtRegion als Gegenentwurf zu Prozessen, die zu Mega-Cities führen, mache die Stärke der Region aus. Die Herausforderung auf regionaler Ebene werde das Zusammenwachsen von Naturraum und Stadtraum zu Stadtlandschaften sein. Es gehe um die Gleichzeitigkeit von Verdichtung und Urbanisierung und die Auflockerung von Strukturen im Sinne von Reparatur, beispielsweise bei klimatisch relevanten Luftleitbahnen. Die IBA als gesellschaftlicher Prozess müsse Antworten geben auf die Stadtentwicklungsfragen der Zukunft. "Wie wollen wir die vollständige Dekarbonisierung unserer Lebensweise erreichen? Wie schaffen wir widerstandsfähige Strukturen gegenüber dem fortschreitenden Klimawandel?" Als zentrales Thema sehe er die Bereitstellung von Wohnraum für alle Schichten.

Die im Memorandum genannten Themen und Querschnittsqualitäten bildeten ein gutes Netz, um die Prozesse in die richtige Richtung zu organisieren. Es brauche aber auch den Mut, auch aus dem Bisherigen auszusteigen. Die Stadtentwicklung dürfe nicht der Immobilienspekulation überlassen werden. Sie müsse verbunden werden mit der Frage, was dieser Stadt und dieser Region gut tue.

Kritik äußert StR Ozasek an dem Bild auf Seite 7 des Memorandums, mit dem man in Verkennung der eigentlichen Aussage des historischen Fotos auf Seite 6 - die Architektur der Weissenhof-Siedlung habe das "verschnörkelt barocke Auto und die verschnörkelte Mode" längst überholt - auf das falsche Symbol setze. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS werde das Memorandum zur IBA unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die soziale Frage, aber sie werde den IBA-Prozess auch kritisch begleiten, um zu verhindern, dass die IBA, wie in Hamburg geschehen, zu Verdrängungseffekten führe. Für Stuttgart biete sich die Chance, innerstädtische Flächenpotenziale zu heben und die autogerechte Stadt der 60er-Jahre reparieren zu können. Als Ziele sehe er eine deutliche Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt, eine Wohnwidmung und die Entwicklung grüner Lungen und kreativer Erlebnis- und sozialer Begegnungsräume auf den Verkehrs- und Straßenflächen.

StR Zeeb (FW) dankt allen Akteuren, die das Thema IBA energisch vorangetrieben und in der Vorlage verständlich und überzeugend dargestellt hätten. Er drängt auf Flexibilität im IBA-Prozess, damit auf die im Laufe der 10 Jahre zu erwartenden Veränderungen eingegangen werden könne. Mit der IBA könne Stuttgart wieder zur Stätte des modernen Bauens, Arbeitens und Wohnens werden. Auch die Region profitiere davon.

StR Klingler (AfD) betont, seine Fraktion sehe große Chancen im IBA-Prozess für die Stadtplanung und trage den Prozess gerne mit. Wenn Architekten von Weltruf nach Stuttgart kämen, müsse man ihnen aber auch einen gewissen Freiraum geben. Dies habe er in den letzten Jahren in den politischen Gremien oder auch in den Preisgerichten vermisst. Auch müsse man vermeiden, verschiedene Bereiche gegeneinander auszuspielen, wie zum Beispiel den Wirtschaftsfaktor Architektur gegen den Wirtschaftsfaktor Innovative Automobilindustrie. Beim Wohnraum müsse nicht nur bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, sondern auch die richtige Mischung von hochwertigem und sehr hochwertigem Wohnungsbau entstehen, damit diejenigen, die bereit seien, viel zu investieren, nicht ins Umland gehen müssten. In der Frage Nachverdichtung/Geschosswohnungsbau sehe er die Region gefordert. Der IBA-Prozess biete die Chance, hier auf regionaler Ebene gemeinsame Lösungen zu finden.

Mit der IBA, die man gerne unterstütze, verbinde die FDP die Hoffnung, dass den Architekten Freiheiten gegeben werden, ihre Visionen in Gebäude zu verwandeln, betont StR Conz (FDP). Die Stuttgarter Gedankenwelt sei oft geprägt von vielfachen Einschränkungen, die sich "in kleinteiligsten Bebauungsplänen" ausdrücke.

StR Dr. Schertlen (STd) hebt als Thema für die IBA das Wohnungsproblem hervor, das in der Region gemeinsam gelöst werden müsse unter dem Stichwort "Solidarische Region". Zur Entwicklung von Wohnraum gehöre auch die Bereitstellung von Verkehrsadern für alle Verkehrsmittel. Was in der Vorlage zum Thema Mobilität als Ziel beschrieben werde, halte er mit Blick auf das Jahr 2027 allerdings für "altbacken". Der Wandel in der Mobilität werde bis dahin schon zum Teil stattgefunden haben. Für die Region stehe auch das wichtige Thema an, wie angesichts des Strukturwandels die Beschäftigung gesichert werden könne. Als Alternative biete sich im Maschinenbau die Robotik an, die auch Bestandteil einer IBA sein könne, in Form von Logistikkonzepten, beispielsweise auch mit Drohnen, oder seniorenrechtlichem Wohnen durch Hausautomatisierung. Nicht aus dem Blick verlieren dürfe man auch, was sich bei der Wasserstofftechnik tue. Als konkrete IBA-Projekte benennt der Stadtrat ein regionales Netz an Fernradwegen sowie das Thema Bauen mit Holz.

Auf einige Wortbeiträge eingehend führt OB Kuhn aus, die Bürgerbeteiligung Rosenstein habe klar ergeben, dass die Bürgerinnen und Bürger sozial durchmischte Quartiere wollten. Er teile ausdrücklich die Vorstellung von StR Körner, dass auf dem Rosensteingelände auch bezahlbarer Wohnungsbau "in ordentlicher, vernünftiger Zahl" und in der sozialen Durchmischung mit dem teureren Wohnen realisiert werden muss. Es werde die Aufgabenstellung für die Architekten sein, wie dies möglich sei. Dass es sich um städtische Grundstücke handle sei natürlich besonders günstig. Es gebe in der Stadt selbstverständlich auch andere Gebiete und Themen, die für eine IBA geeignet sind, wie das Eiermann-Gelände oder die Stadt am Fluss und anderes. Ohne das Rosenstein-Gelände fehle aber das Herzstück dessen, was die Stadt in eine IBA einbringen könne.

Erstaunt habe ihn die Auffassung, man solle die internationalen Architekten "einfach mal so machen lassen", ohne sie durch politische Vorgaben zu stören. Man sei bereits einen anderen Weg gegangen. Das Memorandum formuliere gesellschaftspolitische Ansprüche. Der Mut und die Kreativität der Architekten zeigten sich dann bei der Umsetzung. Eine Vision müsse aus dem erwachsen, was die Gesellschaft denkt. So sei es auch vor 100 Jahren bei der Diskussion um das Bauhaus gewesen.

Im Einzelnen würden - mit Mut, nicht zu kleinteilig und mit Freude am visionären Prozess - noch viele Debatten zu führen sein. Hinter der Kritik an der Darstellung auf Seite 7 des Memorandums stecke eigentlich die spannende Frage, ob die Visualisierung für die IBA 2027 das Mobilitätskonzept und den Strukturwandel der Automobilindustrie richtig darstellt. Das sei auch ein visionärer Prozess. Solchen Prozessen müsse man sich öffnen, weil der Strukturwandel der Wirtschaft in Stuttgart, und wie er gelinge, eine elementare Frage von größter Bedeutung für die Zukunft sei.

OB Kuhn sagt weitere ausführliche Diskussionen mit Fortschreiten des IBA-Prozesses zu und schlägt vor, im Ältestenrat zu besprechen, ob die IBA mit einem Unterausschuss begleitet oder schwerpunktmäßig im UTA behandelt werden soll. Vorab spricht sich StR Kotz dafür aus, einen Unterausschuss zu bilden.

Mit dem Dank an Herrn Bopp und Herrn Müller für den bisherigen guten Prozess schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt ab.

Gegen die Einbringung der GRDRs 926/2016 erheben sich keine Einwendungen.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Baurechtsamt (2)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN